

Doppelte Verletzlichkeit

Der neue „Kampf der Systeme“ findet mitten in der globalisierten Welt statt

Jörg Lau | **Mit einem US-Präsidenten, der gegen die Pressefreiheit antwortet, fällt es schwer, sie gegenüber autokratischen Staaten zu verteidigen. Dem autoritären Versprechen, das heute eben auch im Westen verfängt, kommt man nur bei, wenn man ihm funktionierende freiheitliche Angebote entgegensetzt. Ein Thema, das Sylke Tempel wichtig war.**

Vor einigen Jahren entzündete sich am immer aggressiveren Auftreten Russlands eine Debatte um das richtige Verhältnis von „Werten und Interessen“ in der deutschen Außenpolitik. Gibt es zwischen Werten und Interessen einen grundlegenden Gegensatz? (Nur wenige Teilnehmer votierten dafür.) Oder geht es eigentlich um die richtige Balance? Anders gefragt: Wieviel darf eine wertegeleitete Außenpolitik denn kosten? Und wo gerät sie zur selbstgefälligen Geste, bei der es mehr um die eigene Erhabenheit geht als um die Durchsetzung der behaupteten Werte? Das Problem schien nach einigen Streitrunden eher taktischer Natur: Wann wäre es nicht nur moralisch, sondern auch klug und opportun, laut und deutlich im Sinne unserer Kernüberzeugungen aufzutreten – und wann sollte man das eher hinter geschlossenen Türen tun?

Rückkehr der autoritären Versuchung

Interessant ist, von heute aus betrachtet, was damals nicht infrage stand: Dass es so etwas wie eine „westliche Wertegemeinschaft“ gebe, die ihrem Wesen nach bestimmte Werte und Prinzipien nach außen vertrete. Nun ist aber eben dies fraglich geworden. Die Debatte über den Umgang mit Diktatoren und Autoritären betrifft nicht mehr nur das Verhältnis des Westens zum Rest der Welt, sondern das der westlichen Akteure untereinander und ihr eigenes zu jenen Überzeugungen, die sie nach außen vertreten.

Es gibt die autoritäre Versuchung nämlich auch wieder im Westen und unter seinen engsten Bündnispartnern. Sie erfasst längst nicht mehr nur die Peripherie – etwa verunsicherte Neumitglieder, denen man gewisse Transformationsschmerzen zugestehen mag wie Polen, Ungarn und Tschechien, oder den NATO-Partner Türkei. Wenn etwa der amerikanische Präsident twittert, wie erst im Oktober geschehen, es sei „ekelhaft“, dass Journalisten einfach schreiben könnten, was sie wollen, und man müsse darüber nachdenken, wann man

ihnen die „Lizenz“ entziehe, dann fällt es immer schwerer, von westlicher Seite gegenüber unfreien Regimen auf dem universalen Prinzip der Pressefreiheit zu beharren.

Die enormen versteckten Kosten dieser westlichen Selbstdemontage werden langsam sichtbar. Wer sich dieser Tage mit chinesischen Vertretern über journalistische Arbeitsbedingungen unterhält, kann ein deutlich größeres Selbstbewusstsein beim Durchsetzen der chinesischen Regeln feststellen: Was kommt ihr uns mit diesen angeblichen allgemeinen Grundsätzen, an die ihr doch offenbar selbst nicht mehr glaubt! Neben der Pressefreiheit hat US-Präsident Donald Trump auch wiederholt die Unabhängigkeit der Justiz und die Kontrollfunktion des Parlaments angegriffen. Die Vereinigten Staaten, diese Bastion der liberalen Demokratie, zeigen sich selber als gefährdet. Als deren Garant fallen sie einstweilen aus.

Kleinkrieg gegen die Gewaltenteilung

Europäer haben dabei keinen Grund zur Überheblichkeit: Die polnische und die ungarische Regierung führen seit Jahren einen Kleinkrieg gegen die Gewaltenteilung, gegen die kritische Presse und gegen die unabhängige Zivilgesellschaft, deren Institutionen sie in den Ruch von Vaterlandslosigkeit, Verrat und ausländischer Einflussnahme rücken. In Österreich droht die Regierungsbeteiligung der rechtsextremen FPÖ. Das EU-Gründungsmitglied Frankreich ist nur durch den Sieg Emmanuel Macrons in der Stichwahl einer Präsidentschaft Marine Le Pens entgangen. 50 Prozent der Erstwähler votierten für eine der beiden extremen Parteien, also den Front National oder die linksradikale Bewegung Jean-Luc Mélenchons. Und in Deutschland hat sich die rechtspopulistische AfD nun auch im Bundestag etabliert, mit einem viel zu wenig beachteten außenpolitischen Programm, das auf die Abwicklung der EU und eine enge Partnerschaft mit Russland setzt.

Dies alles zeigt: Man muss heute eine doppelte Verletzlichkeit der liberalen Demokratie konstatieren – von innen her durch Erosion der zivilen Mitte und den Aufstieg autoritärer Bewegungen; von außen durch die nicht nur relative Stärke der autoritär regierten Mächte. Weder im Westen noch gar auf der globalen Bühne ist die freiheitliche Demokratie heute noch „the only game in town“. Es sind ihre Gegner, die sich als die Alternative zum Bestehenden anbieten, sei es als Parteien oder Bewegungen, sei es als konkurrierende, aufsteigende Ordnungsmächte, wie es etwa China mit seiner Initiative der Neuen Seidenstraße tut.

Mit der inneren und äußeren Gefährdung der liberalen Demokratie wächst das Gefühl dafür, wie anspruchsvoll sie ist. Immer mehr Staaten sind heute „elektorale Demokratien“ – also Systeme, in denen die Herrschaft sich durch (einigermaßen freie) Wahlen legitimiert. Nach den Erhebungen der NGO Freedom House erfüllen heute 60 Prozent aller Staaten dieses Kriterium. Die Mehrheit unter ihnen gewährt gleichwohl keine rechtsstaatlichen Verfahren, keinen Minderheitenschutz und keine volle Pressefreiheit. Der Begriff der „illiberalen Demokratie“, vor fast zwei Jahrzehnten von Fareed Zakaria geprägt, bezeichnet dieses Missverhältnis. Heute ist klar: Das ist nicht nur eine mögli-

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Die
Kosten der westli-
chen
Selbstdemontage
werden
langsam sichtbar.
US-Präsident Trump
in der Marine One
auf dem Weg zum
Golfplatz in Jersey
City, Oktober 2017

che Übergangsform auf dem Weg zu vollständiger liberaler Demokratie, sondern im Gegenteil immer öfter deren Verfallsform.

Ein Systemkonflikt fast wie der Kalte Krieg

Was tun? Der Kampf um die liberale Demokratie ist heute der entscheidende Systemkonflikt, von der Bedeutung her nicht unähnlich der Konfrontation im Kalten Krieg. Allerdings mit dem entscheidenden Unterschied, dass dieser Kampf nicht zwischen klar definierten Blöcken ausgetragen wird – sondern dass er mitten durch die globalisierte Welt, durch die Staaten, die Gesellschaften, die politischen Systeme und ihre Parteien geht.

Es gibt keinen geheimen Plan der Geschichte, der zum Triumph des Autoritarismus führt. Aber es war eben auch falsch anzunehmen, dass der Weltgeist nach dem Ende des Kommunismus selbststeuernd in Richtung liberaler Demokratie fahren würde. Das Denken in den Kategorien des 20. Jahrhunderts – „Freiheit“ gegen „Totalitarismus“ – hat den Blick für die neue Attraktion des Autoritären viel zu lange verstellt. So unterschiedlich die autoritären Angebote sind, in einem stimmen sie überein: im Versprechen einer anderen politischen Ordnung. Filterloses Regieren ohne Repräsentation, institutionelle Hemmung und Kompromiss – eine neue Art direkter Demokratie, verstanden als plebiszitär bestätigte Einheit von Regierung und Volk.

Dieses Staatsvolk wird überall exklusiv definiert, entlang der Linien von Nation, Ethnie und/oder Religion. Das autoritäre Versprechen lautet: „Ich fühle euren Schmerz. Ich beschütze euch. Bei mir kommt ihr wieder zuerst dran.“ Darum sollen, ja müssen die „abgehobenen Eliten“ mitsamt ihrer Institutionen (Parteien, Medien, Think Tanks, Verfassungsgerichte, „Washington“, „Brüssel“) zerschlagen und entmachtet werden.

Es ist nicht damit getan, dies zu entlarven. Dem autoritären Versprechen müssen funktionierende freiheitliche Angebote entgegengesetzt werden. Es ist zwar ein Klischee, dass die Unterscheidung zwischen Innen- und Außenpolitik in einer immer stärker vernetzten Welt an Bedeutung verliert. Doch wahr ist: Die Glaubwürdigkeit der westlichen Außenpolitik wird daran bemessen werden, ob die Werte, für die sie eintritt, zuhause eigentlich noch Geltung haben.

Jörg Lau ist außenpolitischer Koordinator im Politik-Ressort der ZEIT.

Freundin Israels und Palästinas

Als Mittlerin im Nahost-Konflikt wird Sylke Tempel schmerzlich vermisst

Fania Oz-Salzberger | Die jüngsten geopolitischen Verwerfungen von Syrien bis Nordkorea haben den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern aus den Schlagzeilen gedrängt; gelöst ist er dadurch nicht. Was die Friedensaktivisten in der Region jetzt brauchen, sind Unterstützer, die sich bemühen, beiden Seiten gerecht zu werden. Abschied von einer ehrlichen Maklerin.

„Ein Staat mit jüdischer Bevölkerung und demokratischer Verfassung ist unvereinbar mit der Besetzung des Westjordanlands“, sagte Sylke Tempel in einem ihrer letzten Interviews. Diese einfache Aussage ist die denkbar klarste und zutreffendste Zusammenfassung des Dilemmas, in dem sich Israel heute befindet. Anders als viele Kommentatoren, die sich entweder auf das Problem Israels oder auf die Tragödie Palästinas konzentrieren, war Sylke Tempel in der Lage, beide Seiten mit unbestechlicher Klarheit zu analysieren.

Lassen Sie mich versuchen, diese Klarheit des Urteils nachzuzeichnen und zu würdigen, diesen unerbittlichen und mitfühlenden Realismus, der Sylke Tempel zur Vertreterin einer seltenen Gattung machte: die der wahren Freunde, der kritischen Freunde von Israelis und Palästinensern gleichermaßen.

Die jüngsten geopolitischen Verwerfungen – vom Arabischen Frühling über Syrien und die EU-Krisen bis hin zu Nordkorea – haben den israelisch-palästinensischen Konflikt aus dem Fokus der Öffentlichkeit gedrängt. Noch nie, jedenfalls nicht seit 1967, ist dieser weltbewegende Konflikt so marginalisiert worden. Viele sehen ihn nicht mehr als Quell aller nahöstlichen Übel. Politiker, Diplomaten, Intellektuelle und Journalisten sind anderweitig beschäftigt.

Man überlässt die Regierung von Benjamin Netanjahu sich selbst. Palästinenser-Führer Machmud Abbas und die Hamas – ob miteinander versöhnt oder nicht – stehen nicht mehr im Bühnenlicht des Weltdramas. Das könnte sich

durchaus positiv auswirken; vielleicht ermöglicht diese wohlwollende Gleichgültigkeit eine praktische, allmähliche, lokale Annäherung. Andererseits können sich israelischer und palästinensischer Extremismus nun ungehindert entfalten.

Die neue Welt-Unordnung bringt alles so durcheinander, dass wir uns in unserem Teil des Nahen Ostens nicht einmal mehr sicher sein können, ob die Stimme Deutschlands weiterhin auf Frieden dringt. Wird die Alternative für Deutschland (AfD) demnächst auch für Deutschland sprechen? Wird eine künftige politische AfD-Stiftung Büros in Tel Aviv und Ramallah eröffnen? Was wird die mächtig gewordene extreme Rechte Europas den konfusen und widersprüchlichen Botschaften der Regierung von US-Präsident Donald Trump an Israelis und Palästinenser hinzuzufügen haben? Ja, die ehrlichen Makler und kritischen Freunde werden in diesen Tagen rar.

Die Freunde, die Israel und Palästina heute noch haben, sind wertvoller als je zuvor – besonders die, die noch immer von echtem Interesse und ehrlicher Sorge erfüllt sind und sich um Ehrlichkeit und Redlichkeit im Urteil bemühen. Wir haben Sylke Tempels Stimme verloren, aber wir müssen uns verpflichten, ihre unbequemen Wahrheiten weiterhin laut und deutlich ertönen zu lassen. Lassen Sie mich die gemeinsamen Überzeugungen und das Engagement schildern, zu denen sie und ich in den vergangenen Jahren durch Gespräche und Korrespondenz gefunden haben.

Die Siedler als Zerstörer des Zionismus

Da ist, an erster und wichtigster Stelle, die Feststellung, dass man ein Freund Israels und Palästinas zugleich sein kann. Im Grunde ist das der einzig faire und realistische Weg. Mein Vater Amos Oz sagte einst, er sei weder für die Israelis noch für die Palästinenser, sondern für den Frieden. Wahre Freundschaft verlangt einen scharfen und kritischen Blick, der nicht ohne Liebe ist, aber ohne Sentimentalität, der weder romantisiert noch dämonisiert. Ein unkritischer Freund ist überhaupt kein Freund, und ein einseitiger Friedensstifter ist kein Friedensstifter.

Echte Freunde, wie Sylke Tempel es war, müssen die intellektuelle und emotionale Fähigkeit haben, sich in die Gefühlslage beider Seiten hineinzusetzen. Antiisraelische Haltung entsteht oft aus einer grob vereinfachenden Identifizierung des Volkes mit seiner Regierung. Genauso gilt für die Feinde der Palästinenser, dass sie die gesamte Nation mit dem Terror der Hamas oder den Machenschaften von Yasser Arafat identifizieren. Das ist genauso, als würde man das amerikanische Volk wegen Trump hassen – absurd.

Wie viele liberale Zionisten aus Israel war auch Sylke Tempel der Überzeugung, dass die Siedlungen im Westjordanland keine Fortsetzung des Zionismus sind, sondern ihn untergraben und möglicherweise zerstören. Sie hat immer wieder darauf hingewiesen, dass der Zionismus ursprünglich laizistisch, demokratisch und pragmatisch ausgerichtet war und weder imperiale noch messianische Ambitionen hatte. Gleiche Bürgerrechte waren von Anfang an Teil seiner DNA. Er akzeptierte die Zwei-Staaten-Lösung sogar schon vor 1948.

Aus dieser Feststellung folgt eine vernichtende Kritik an der Politik der Likud-Partei und der noch weiter rechts stehenden Parteien: Traum und Wirk-

lichkeit des Zionismus werden in einen Kontext des Fanatismus eingebettet und dadurch in große Gefahr gebracht. Um es mit einfachen Worten zu sagen: Wer diese Entwicklung nicht deutlich anprangert, egal ob mit hebräischem, amerikanischem oder deutschem Akzent, ist kein wahrer Freund Israels.

Wenn es um die palästinensische Seite des Konflikts geht, so sind zwei Punkte wichtig. Wir müssen ebenso zwischen PLO und Hamas differenzieren wie auch dem Reflex widerstehen, uns naiv mit den Palästinensern als hilflosen und bedauernswerten Opfern zu identifizieren. Genau wie Sylke Tempel sehe auch ich das palästinensische Volk und seine Anführer als verantwortlich Handelnde, nicht als passive Opfer von Schicksalsschlägen. Die Entscheidung, Terror als Hauptinstrument einzusetzen, um dem eigentlich legitimen Ziel nationaler Selbstbestimmung näher zu kommen, wurde bereits in den 1960er Jahren getroffen – bewusst und mit tragischen Folgen.

Heute mag sich Abbas als moderat präsentieren und vielleicht sogar versuchen, die Politik der mörderischen Machthaber im Gaza-Streifen zu mäßigen, aber sein Engagement für Friedensverhandlungen war bestenfalls durchwachsen. Natürlich stimmt es, dass Netanjahu und seine rechtsgerichtete Koalition alles tun, um die Zwei-Staaten-Lösung zu verzögern, abzuwenden und zu untergraben, indem sie Siedlungen bauen und die Palästinenser unmenschlich behandeln. Aber können Sie sich vorstellen, wie wirkungsvoll und wie berühmt Abbas hätte sein können, wie ihn die ganze Welt unterstützt hätte, wenn er sich wirklich nachdrücklich für Frieden eingesetzt hätte?

Im erwähnten Interview sagte Sylke Tempel, die auch bei schmerzlichen Themen nie ein Blatt vor den Mund nahm, in den Palästinenser-Gebieten werde jemand, der auf Passanten in einem Café in Israel schießt, nicht als Terrorist gesehen, „sondern als Held und als Kämpfer im Widerstand gegen die Besatzung gefeiert. Diese Sichtweise gibt es, und die Palästinensische Autonomiebehörde scheut sich, dagegen vorzugehen.“ Ich darf hinzufügen, dass Abbas sich sogar scheut, dagegen vorzugehen, wenn Schulbücher und öffentliche Plätze die Selbstmordattentäter zu Nationalhelden machen. Um es mit einfachen Worten zu sagen: Wer diesen Mörderkult nicht laut verurteilt, ist kein Freund Palästinas.

Und so sind wir – Palästinenser und Israelis – durch den plötzlichen und schrecklichen Verlust Sylke Tempels um vieles ärmer geworden. Wir haben eine wirkliche Freundin verloren, die unerbittlich und verständnisvoll war, von vernichtender Schärfe und heilsamer Ehrlichkeit zugleich. So müssen diejenigen sein, die Friedensaktivisten wie mich und meine palästinensischen Freunde dabei unterstützen, diesen Konflikt eines Tages zu lösen, weil wir ihn lösen müssen. Es kann nicht anders sein; eine Alternative mag man sich nicht ausmalen.

Ich werde Sylke fürchterlich vermissen, und ich appelliere an jeden ihrer Leser und an jeden Leser dieser Worte, auf seine eigene Weise Sylkes Stimme weiterzutragen. Solange es Stimmen wie ihre gibt, gibt es Hoffnung. Wenn der Frieden endlich kommt, werden wir ihr einen kleinen Teil davon verdanken.

Prof. Fania Oz-Salzberger lehrt Geschichte an der Universität Haifa und Modern Israel Studies an der Monash-Universität, Melbourne.